

Ortsamt Blumenthal

Protokoll über die öffentliche Sitzung

des Gremiums: Beirat Blumenthal
am: Montag, 09.01.2017
Ort: Aula des Schulzentrums Eggestedter Straße, Eggestedter Str. 20,
28779 Bremen

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:47 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Bhandal, Petra
Bienzeisler, Kay
Dettmer, Brigitte
Koch, Reinhold
Krohne, Anke
Meyer, Walter
Pfaff, Andreas
Pfeiff, Marcus
Reimers-Bruns, Ute
Riegert, Jutta
Runge, Mark
Schupp, Alex
Schwarz, Ralf
Thormeier, Hans-Gerd
Weidemann, Susanne

Ortsamtleiter Peter Nowack, Vorsitz
Verwaltungsbeamtin Heike Rohde, Protokoll

Es fehlt

Bensch, Thilo (e)

Gäste:

Petra Albers, Senatorin für Kinder und Bildung, Liegenschaftswesen
Volker Hach, Projektsteuerung Bau, Immobilien Bremen
Linda Heisler, Rosengart + Partner
Andreas Kraatz-Röper, Schulleiter Oberschule „An der Egge“
Dipl. Ing. Hans Müller-Hirschmann, Architekt Rosengart + Partner GbR
Tanja Piening, Umweltbetrieb Bremen, Referatsleiterin Planung

Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Beiratssitzung vom 12.12.2016 und der nicht-öffentlichen Beiratssitzungen vom 31.10.2016 und 05.12.2016
3. (19:10 Uhr) Mitteilungen

- a. aus dem Ortsamt
 - b. der Beiratssprecherin
4. (19:15 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
 5. (19:20 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
 - a. XXXX
 6. (19:30 Uhr) Neubau eines dreigeschossigen Jahrgangshauses für die „Oberschule an der Egge“ – Informationen für Beirat und Nachbarschaft
 - als Gäste. *Andreas Kraatz-Röper, Leiter der Schule*
Vertreter der Architektengruppe Rosengart + Partner
 7. (20:30 Uhr) Beschlussfassung über die Baugenehmigung (nicht öffentlich)
 8. (20:40 Uhr) Anträge und Anfragen
 - a. CDU – (Haushalts-) Antrag: Ersatz der Parkplätze vor der alten Strandhalle (vertagt aus Dezember)
 - b. Bündnis 90/Die Grünen – Antrag: Unterweserradweg durch Sanierung verkehrssicher halten
 - c. Bündnis 90/Die Grünen – Antrag: Überschwemmungsgebiet Blumenthaler Aue und Beckedorfer Beeke
 - d. SPD – Dringlichkeitsantrag: Haushaltsantrag Bahrsplate entwickeln
 9. (21:00 Uhr) Verschiedenes

anschließend: nicht-öffentlicher Teil

TOP 1. Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung

Herr Nowack begrüßt die Anwesenden und weist darauf hin, dass die Sitzung per Tonband aufgezeichnet wird.

Frau Reimers-Bruns bittet vorab um die Möglichkeit ein kurzes Statement zum Verbrechen in der Silvesternacht in der Lüssumer Heide.

Sie verliest folgendes Statement:

„Stellungnahme der Sprecherin des Blumenthaler Beirats zu den Vorfällen der in der Silvesternacht zu Beginn der Beiratssitzung am 09. Januar 2016

Sehr geehrter Herr Ortsamtsleiter, sehr geehrte Damen und Herren Beiratsmitglieder, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher dieser Beiratssitzung!

Wir, die Mitglieder des Beirats Blumenthal, sind tief getroffen von der Nachricht, dass ein 15jähriger Blumenthaler Bürger einem tödlichen Angriff zum Opfer gefallen ist.

Dieser Mordanschlag – um nichts anderes handelt es sich in diesem Fall – hat uns aus unserem Alltag gerissen. Der Mensch, der einem anderen Menschen bewusst schwere Kopfverletzungen zufügt, nimmt billigend in Kauf, dass das Opfer die Verletzungen nicht überleben könnte.

Wir Beiratsmitglieder drücken den Angehörigen von Odai K. unser tiefempfundenes Mitgefühl aus. Wir fühlen mit ihnen und wir sind entsetzt, dass hier in Blumenthal solch eine Tat möglich ist.

Wir sind überzeugt davon, dass die Polizei und weitere Ermittlungsbehörden mit allem Nachdruck daran arbeiten, den Täter oder die Täter dingfest zu machen. Wir vertrauen darauf und fordern, dass nach Habhaftwerdung des Täters oder der Täter, die Anklage das höchstmögliche Strafmaß fordert und der oder die Angeklagten durch ein hartes Urteil bestraft werden.

Falls es Zeugen geben sollte, die aus Angst vor dem Täter bzw. vor den Tätern bisher keine Aussage bei der Polizei gemacht haben, appelliere ich an Sie: Helfen Sie der Polizei bei der Ermittlung! Denken Sie daran, dass auch ein Mitglied Ihrer Familie solch einem brutalen Überfall zum Opfer fallen könnte! Zeigen Sie Zivilcourage, so, wie wir alle Zivilcourage zeigen sollten! Suchen Sie sich Unterstützung bei Vertrauenspersonen, die mit Ihnen den Weg zur Polizei gehen!

Danke.“

Im Anschluss bittet Herr Nowack die Anwesenden, sich zu einer Gedenkminute für den getöteten Jugendlichen zu erheben.

Von Frau Krohne liegt ein Antrag auf Vertagung der Genehmigung des Protokolls vom 12.12.2016 in die nächste Beiratssitzung vor. Der Vorschlag von Herrn Thormeier, das Tonband in der nächsten Sprecherausschusssitzung abzuhören, findet keine Zustimmung. Auf Anregung von Frau Reimers-Bruns soll ein Termin im Ortsamt abgestimmt werden, um das Tonband der Sitzung in Anwesenheit von ihr, Herrn Thormeier, Frau Krohne und Herrn Nowack abzuhören.

Damit sind alle einverstanden.

Im Anschluss lässt Herr Nowack über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.
Ergebnis: 15 Ja-Stimmen.

Die Tagesordnung ist damit einstimmig angenommen.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle der öffentlichen Beiratssitzung vom 12.12.2016 und der nicht-öffentlichen Beiratssitzungen vom 31.10.2016 und 05.12.2016

Über das Protokoll vom 31.10.2016 wird abgestimmt.
Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung.
Das Protokoll ist damit genehmigt.

Über das Protokoll vom 05.12.2016 wird abgestimmt.
Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.
Das Protokoll ist damit genehmigt.

Frau Krohne zur Geschäftsordnung:

In der letzten Beiratssitzung habe Herr Nowack gesagt, dass das Protokoll vom 14.11. nicht abgestimmt worden sei. Sie hatte dazu eine Anmerkung und Herr Nowack habe gesagt, er wolle das Protokoll heute wieder aufrufen. Am nächsten Morgen sei eine Mail von Herrn Nowack gekommen, das Protokoll wäre doch abgestimmt. Er habe das Band zur Beweissicherung sofort gelöscht. Sie stellt fest, Herr Nowack habe sich nicht an sein Wort gehalten, er habe selbstherrlich so entschieden. Das heiße, es könne nicht mehr kontrolliert werden, ob das, was im Protokoll stehe, überhaupt stimme oder nicht. Obwohl sie nicht wisse, was man überhaupt damit machen solle, werde sie darin aber falsch zitiert und beantragt daher also, diese Passage, in der sie zitiert wird, aus dem Protokoll herauszunehmen.

Herr Nowack erinnert daran, dass über das Protokoll abgestimmt wurde. Dies bedeute, er könne das Protokoll gar nicht erneut aufrufen. Im Dezemberprotokoll sei eine Erklärung zu finden, warum so entschieden wurde. Für die Anwesenden erläutert er, dass er in seiner mündlichen Bewertung über das Abstimmungsergebnis von der erforderlichen Mehrheit aller abgegebenen Stimmen ausgegangen war. Das Protokoll der Sitzung vom 14. November sei mit 6 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgestimmt worden. Er habe das Ergebnis dass so gewertet, dass das Protokoll nicht abgestimmt sei, weil er von einer erforderlichen Mehrheit der Stimmen der Beiratsmitglieder ausgegangen ist (absolute Mehrheit). Das sei aber falsch gewesen, da laut Gesetz die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen zählt. Enthaltungen werden nicht gewertet. Er habe diesen Fehler bereits am nächsten Tag den Beiratsmitgliedern per Mail zur Kenntnis gegeben und gebeten, diesen Fehler zu entschuldigen. Er zeigt über die Leinwand noch einmal für alle Besucher die entsprechende Passage des Ortsgesetzes. Die Entscheidung über ein Protokoll erfolge durch die Abstimmung des Beirats, nicht durch die (hier falsche) Beurteilung des Ortsamtsleiters.

Herr Koch schlägt eine Klärung im Sprecherausschuss vor.

Herr Nowack erklärt, dass die Situation bereits im letzten Sprecherausschuss vorgestellt und so zur Kenntnis genommen wurde. Laut Gesetz gebe es keine andere Möglichkeit.

Herr Thormeier beantragt zur Geschäftsordnung, das Thema nicht weiter in der Beiratssitzung auszuführen. Dem wird entsprochen.

Frau Krohne möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

Es folgt der Tonbandmitschnitt:

„Also, im Vorfeld möchte ich nochmal klarstellen, Herr Nowack, es geht nicht um die Abstimmung des Protokolls. Es geht darum, dass Sie in der letzten Sitzung während der Sitzung gesagt haben, das Protokoll wäre nicht abgestimmt und sie würden es in dieser Sitzung nochmal aufrufen. Und dass Sie das dann selbtherrlich am nächsten Tag einfach geändert haben. Nur darum geht es. Und nun folgt die persönliche Erklärung, ich bitte, die wörtlich ins Protokoll zu nehmen.“

„Im Protokoll vom 14.11.2016 werde ich falsch zitiert. Ebenso stehen im Protokoll vom Dezember falsche Aussagen. Die Protokolle entsprechen in Blumenthal seit sechs Jahren nur selten wirklich der Wahrheit. Es werden viele Sachen weggelassen, die möglicherweise den Ortsamtsleiter oder die SPD in einem ungünstigen Licht erscheinen lassen können. Im Gegenzug wird alles kräftig aufgebauscht, was mich oder auch andere diffamiert. Dieses Mobbing wird von der Mehrheit hier unterstützt. Ich werde in solchen Fällen wie auch heute immer wieder gegen diese sogenannten Protokolle stimmen. Danke.“

TOP 3. Mitteilungen

- a) aus dem Ortsamt**
- b) der Beiratssprecherin**

a.

Herr Nowack teilt folgendes mit:

- In den letzten Wochen sind u.a. folgende Antworten auf Anträge, Anfragen und Bürgeranträge eingegangen:
 - Bürgerantrag zur offenen Ganztagschule Farge-Rekum – derzeit keine Umsetzung geplant.
 - Die Anfrage zur Hilfe für alleinstehende Personen wurde vom AfSD-Nord beantwortet.

- Der Beschluss zum Grünpflegebudget wurde beantwortet:
Der Bereich um die Gedenkstätte wird häufiger gepflegt als andere Bereiche der Bahrsplate
Die Erweiterung der Flächen um die bisherige Strandhalle wird 2018 eingepreist
Die Sanierung der Boule Bahn wird mit 20.000 € kalkuliert und ist derzeit nicht finanzierbar.
 - Der Bürgerantrag zum Sattelhof wurde von der Senatskanzlei beantwortet und die Antragstellerin wurde informiert
 - Der Antrag zum Schulungszentrum auf dem BWK-Gelände wird genutzt, um zu prüfen, ob es dafür einen Bedarf gibt und wer dann als Träger infrage kommt-
 - Der Bürgerantrag zur Ergänzung der Aue-Brücke am Bahnhof Blumenthal wurde beantwortet. Die Beschilderungen mit den braunen Hinweisschildern werden in diesem Jahr bestellt und aufgestellt. Die Beleuchtung kann aus normalen Mitteln nicht erfolgen.
 - Die Anfrage zur Situation bei der Regio-S-Bahn wurde ausführlich beantwortet. Interessant ist dabei, dass sowohl beim Zug als auch beim Bus die Beförderungszahlen zugenommen haben.
 - Der Antrag zur Durchfahrtbeschränkung „An de Deelen“ wird vom Amt für Straßen und Verkehr abgelehnt.
 - Der Antrag zur Gewichtsbeschränkung im Steenkuhlenweg wird ebenfalls abgelehnt.
 - Der Antrag zur Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Turnerstraße wird ebenfalls abgelehnt
 - Der Antrag zur Geschwindigkeitsbegrenzung im Gewerbegebiet BWK wird genauso abgelehnt
 - Dem Antrag zur Geschwindigkeitsbegrenzung in der Bürgermeister-Dehnekamp-Straße wurde vom ASV zugestimmt.
- Es gibt ein neues Projekt „Stadtteilen“ des Evangelischen Bildungswerkes
Erstes Treffen für Multiplikatoren 19.01.17 um 18:30 Uhr im NUNATAK
Weiteres Treffen für Interessierte 13.02.17 um 14:00 Uhr im Haus der Zukunft
Weiteres Treffen für Interessierte 14.02.17 um 14:00 Uhr im Quartierstreff KDS
 - Der Blumenthaler Wochenmarkt hat am 30.12. vorerst das letzte Mal stattgefunden. Die Großmarkt Bremen GmbH arbeitet weiter an einer neuen Lösung.
 - Termine:
 - 13.01. 14:00 Übergabe des Übergangwohnheims Kapitän-Dallmann-Straße an die Johanniter
 - 26.01. 18:30 Uhr „Standortfaktor innere Sicherheit“ – Podiumsdiskussion des Wirtschafts- und Strukturrats Bremen-Nord mit Senator Ulrich Mäurer u.a. in der Strandlust Vegesack.
Anmeldung erforderlich
 - 09.02. 15:00 Plenum Bildungsbrücke Blumenthal im Ortsamt Blumenthal
 - 13.02. 19:00 Uhr öffentliche Sitzung des Beirats mit der Vorstellung der Planungen zum Überschwemmungsgebiet Blumenthaler Aue und Beckedorfer Beeke

Herr Schwarz hält die genannten Kosten für die Boulebahn für übertrieben.

Herr Nowack regt an, über die abgelehnten Beschlüsse neu nachzudenken.

Frau Reimers-Bruns bietet an, auch im Ausschuss für Bürgerbeteiligung die Themen anzusprechen.

b.

Frau Reimers-Bruns erinnert an die nächste Beiratssprechstunde am 21.01.2017 von 11.00 bis 13.00 Uhr im EDEKA-Center Schwinning in der Weserstrandstraße

TOP 4: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Herr Thormeier fragt, ob bekannt sei, wann mit dem Abriss der Strandhalle begonnen wird bzw. ob das Schadstoffgutachten Erkenntnisse brachte, die einen Abriss verzögern könnten. Herr Nowack antwortet, dass der Abriss laut Plan Ende Februar beginnen wird.

Herr Schwarz möchte wissen, ob das Ausschreibungsverfahren dazu schon gelaufen sei und verweist auf einzuhaltende Fristen.

Herr Nowack antwortet, das Verfahren laufe und man habe hier „alles im Griff“.

Frau Krohne hat folgende Nachfragen:

1. Im Frühjahr habe es einen Bürgerantrag zur Parkplatzausfahrt bei Netto gegeben. Sie vermisst eine Antwort.
2. In 2012 habe der Ortsamtsleiter behauptet, zur Kriminalitätsprävention in Lüssum sei eine Initiative namens „Visio-Nord“ unterwegs. Weitere Informationen sollten folgen. Da sie bisher nichts weiter gehört habe, möchte sie wissen, ob überhaupt etwas passiert sei.
3. Sie erinnert an den barrierefreien Zugang am Müllerloch.
4. Die Schlaglöcher in der Mühlenstraße wurden ausgebessert, nun gebe es jedoch welche in dem nicht renovierten Teil der Turnerstraße.
5. An der Kreuzung Neuenkirchener Straße/Turnerstraße sollten dringend Verkehrsschilder aufgestellt werden, die auf die abweichende Vorfahrt hinweisen. Sie beantragt, an jeder Einmündung ein Schild aufzustellen.
6. Sie vermisst die Protokolle der Ortstermine mit dem Landesbehindertenbeauftragten.
7. Vom Amt für Soziale Dienste sei zwar eine Antwort zum Antrag „Hilfe für alleinstehende Personen“ gekommen, die vom Senator für Inneres stehe jedoch noch aus.
8. In der o. a. Antwort gebe es ein Angebot des Amtes, in einer Sitzung des Sozialausschusses Informationen zum Thema zu geben. Sie beantragt, den Ausschuss zu terminieren.

Herr Nowack antwortet zu 5., dass man hier der Straßenverkehrsordnung folgen müsse. Da es hier eine Lücke geben könne, bittet er um Ideen, wie damit umgegangen werden könnte. Er sei sehr dankbar für Vorschläge und bittet, im Beirat einen Antrag zu stellen.

Herr Koch erklärt, man habe sich im September mit dem Chaos der Regio-S-Bahn auseinandergesetzt und der Senat habe einen Fragenkatalog bekommen. Im Dezember sei dann eine Antwort eingegangen. Man habe auch eine Entschädigung für Monatskarteninhaber gefordert, dazu habe man noch nichts gehört.

TOP 5: Bürger/Innenanträge

Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

- Bürger L verliert folgende Bürgeranträge:

1.

Am 20. Juni 2016, vor fast 7 Monaten, fand in Vegesack unter der Leitung von Herrn Wolpmann die öffentliche Beiratssitzung statt. Das Protokoll stand am 15. August auf der Tagesordnung und wurde bei 8 Ja - zu 8 Nein - Stimmen nicht genehmigt. Es sollte in der Septembersitzung noch einmal aufgerufen werden. Aber es ist nichts geschehen. Das Protokoll einer öffentlichen Sitzung gehört in die Öffentlichkeit.

Ich fordere den Beirat bzw. das Ortsamt daher wieder auf, endlich eine Möglichkeit der Veröffentlichung in Patt-Situationen zu erarbeiten.

2.

Bezugnehmend auf die Beiratssitzung am 15. August 2016, TOP 9 d: Antrag von Frau Riegert „Beschlussprotokolle fertigen“:

Einstimmig angenommen wurde folgendes: (Zitat)

"Über jede Sitzung ist ein (qualifiziertes) Beschlussprotokoll anzufertigen."

Ein Beschlussprotokoll gleicht nur einer Liste, im Ergebnisprotokoll dagegen können Beschlüsse auch nachvollzogen werden. Dieser Unterschied wird missachtet und das Beschlussprotokoll willkürlich erweitert.

Das spiegelt sich jetzt seit Monaten in den anschließenden Diskussionen bei der Genehmigung der Protokolle in den Beiratssitzungen wider.

Ich beantrage also, den in der gültigen Geschäftsordnung in §10 Absatz 4 enthaltenen Absatz: "Über Ausschusssitzungen, Ortsbesichtigungen und ähnliche Beiratsveranstaltungen ist ein Beschlussprotokoll zu führen." zurückzunehmen oder grundsätzlich zu verwirklichen.

3.

Die Erfahrung mit eigenen Bürger-Anträgen in 2016

macht folgenden Antrag erforderlich:

Öffentliche Bürgeranträge werden in nicht-öffentlichen Sitzungen des Sprecherausschusses nicht nur beraten, sondern es wird entschieden, ob ein Antrag überhaupt behandelt wird.

Ebenso werden sogar einstimmig angenommene Anträge des Beirates anschließend von den gleichen Personen im nichtöffentlichen Sprecherausschuss abgelehnt.

Jeder Antrag kann sich so zwischen 2 Beiratssitzungen in Luft auflösen und nie wieder auftauchen, weder online noch hier in der öffentlichen Sitzung.

Ich fordere den Beirat bzw. das Ortsamt daher auf, den in der Geschäftsordnung §12 Absatz 11 vorhandenen letzten Satz: "Darüber hinaus berät der Sprecherausschuss über eingegangene Bürgeranträge" ändern oder streichen zu lassen.

4.

Wir nehmen Bezug auf die öffentliche Sitzung des Bau-Ausschusses am Montag, den 26. September 2016, TOP 4 b: Durchfahrverbot für LKW über 7,5 t durch die Straße „An de Deelen“.

Wir haben in der Sitzung um eine Erweiterung des beantragten Durchfahrverbots für LKWs im gesamten Wohngebiet zwischen Schwaneweder Straße, Kreinsloger, Neuenkirchener Weg und Turnerstraße gebeten. Besondere Beachtung sollte die seit der Autobahn-Anbindung besonders belastete östliche Turnerstraße finden.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Erst am 21. Dezember, erscheint eine Ablehnung des ASV auf den Beiratsseiten:

Weder wird die Turnerstraße erwähnt, noch wird überhaupt auf den konkreten Antrag eingegangen.

Da wir davon ausgehen müssen, dass der genehmigte Antrag vom 26. Sept. 2016 wenn überhaupt, nur unvollständig weitergeleitet wurde, hier also noch einmal:

Wir beantragen ein generelles "Durchfahrverbot" für LKWs im gesamten 30er-Zonen-Wohngebiet zwischen:

Schwaneweder Straße, Kreinsloger, Neuenkirchener Weg und

Turnerstraße, zu finanzieren aus den Mitteln des Stadtteilbudgets.

Besondere Beachtung sollte die seit der Fertigstellung der Autobahn-Anbindung besonders belastete östliche Turnerstraße finden, die als schnelle Abkürzung von und zur Autobahn benutzt wird.

Zonen-Geschwindigkeitsbeschränkungen sollen vorrangig dem Schutz der Wohnbevölkerung sowie der Fußgänger und Radfahrer dienen. In diesem Sinne

erwarten wie die Zustimmung des Beirates, und die aktive Unterstützung des Ortsamtes bei der Durchsetzung dieser Forderung.

5.

Hat es inzwischen die zugesagte Verkehrszählung in der Rekumer Straße gegeben?

Diese Bürgeranträge sollen im Sprecherausschuss vorberaten werden.

- Bürgerin M bittet darum, die Straßen „Johann-Philipp-Palm-Straße“ und Rüdelskamp erkennbarer auszuschildern. Durch den Knick zum Rüdelskamp würde man, wenn man von der Kreinsloger käme, nicht erkennen, wann man die Johann-Philipp-Palm-Straße verlasse.

Mit einer Beschilderung aus dem Stadtteilbudget sind alle Beiratsmitglieder einverstanden. Herr Nowack sagt zu, sich darum zu kümmern.

TOP 6: Neubau eines dreigeschossigen Jahrgangshauses für die „Oberschule an der Egge“ – Informationen für Beirat und Nachbarschaft

Die Referenten stellen die Planungen für das neue Jahrgangshaus der Oberschule an der Egge vor (**Anlage zum Protokoll**).

Es werden technische und inhaltliche Fragen der Beiratsmitglieder und der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen und soweit möglich beantwortet.

Die Bürgerinnen und Bürger befürchten im Wesentlichen massive Parkprobleme auch nach der Bauphase und verweisen auf schon vorhandene Probleme mit dem Regenwasserabfluss, die sich unter Umständen durch weitere Versiegelung verschärfen könnten. Weiter wird befürchtet, dass der Zustand der Straße unter dem zu erwartenden Baustellen-Lastverkehr leiden wird und die Anwohner für eine Sanierung aufkommen müssten.

Die Referenten erläutern, dass besonders in einer etwa 3-monatigen Zeit während des ersten Halbjahres 2017 mit massiven Parkplatzproblemen zu rechnen sei. Danach werde es zügig wieder einen Parkplatz für die Lehrkräfte geben. Mit einer zunehmenden Zahl von PKW werde nicht gerechnet, da sich an der Personal- und Schülerzahl der Schule keine signifikanten Änderungen ergeben.

Die Fragen zur Entwässerung sollen mit hanseWasser erörtert werden. Sobald Antworten vorliegen, soll das Ortsamt informiert werden.

Da die Straße Rüdelskamp bereits abgerechnet wurde, werden bei einer eventuellen Sanierung keine Anliegerkosten erhoben.

Weiter werden die mangelnde Pflege und die Verschmutzung durch Abfälle an der „grünen Grenze“ des Schulgeländes angesprochen. Dieses Thema wird der Schulleiter in der Schule zur Sprache bringen.

TOP 7: Beschlussfassung über die Baugenehmigung

Herr Nowack erläutert die eigentlich nicht-öffentliche Befassung des Beirats mit Bauanträgen. Da der hier anwesende Vertreter des Bauherrn keine Einwände gegen eine öffentliche Abstimmung hat, kann die Beschlussfassung in diesem Fall öffentlich erfolgen.

Es folgt die Abstimmung.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Der Beirat stimmt damit einer Baugenehmigung zu.

TOP 8: Anträge und Anfragen

- a. **CDU – (Haushalts-) Antrag: Ersatz der Parkplätze vor der alten Strandhalle (vertagt aus Dezember)**

- b. Bündnis 90/Die Grünen – Antrag: Unterweserradweg durch Sanierung verkehrssicher halten**
- c. Bündnis 90/Die Grünen – Antrag: Überschwemmungsgebiet Blumenthaler Aue und Beckedorfer Beeke**
- d. SPD – Dringlichkeitsantrag: Haushaltsantrag Bahrsplate entwickeln**

a. CDU – (Haushalts-) Antrag: Ersatz der Parkplätze vor der alten Strandhalle (vertagt aus Dezember)

Da der Antrag noch von der Fraktion überarbeitet werden soll, wird er mit Einverständnis des Antragstellers vertagt in die Februarsitzung.

b. Bündnis 90/Die Grünen – Antrag: Unterweserradweg durch Sanierung verkehrssicher halten

Der Antragsteller erklärt sich damit einverstanden, den Antrag solange zurückzustellen, bis die am Unterweserradweg vorgesehenen Kanalarbeiten fertiggestellt sind.

c. Bündnis 90/Die Grünen – Antrag: Überschwemmungsgebiet Blumenthaler Aue und Beckedorfer Beeke

Der Antrag wird zurückgezogen. Eine Beiratsbefassung zum Thema ist bereits für die Februarsitzung vorgesehen.

d. SPD – Dringlichkeitsantrag: Haushaltsantrag Bahrsplate entwickeln

Über die Dringlichkeit wird abgestimmt.

Ergebnis: 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Herr Schwarz schlägt vor, den Antrag zur Mitgestaltung der Uferzone zu erweitern.

Herr Pfeiff bittet darum, dann lieber einen weiteren Antrag zu stellen.

Frau Reimers-Bruns stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Abstimmung.

Frau Krohne spricht dagegen.

Über den Antrag von Frau Reimers-Bruns wird abgestimmt.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung.

Der Antrag ist damit angenommen.

Über den Haushaltsantrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit angenommen.

TOP 9: Verschiedenes

Keine

Der vorgesehene nicht-öffentliche Teil der Sitzung entfällt.

Herr Nowack beendet die Beiratssitzung um 21:47 Uhr.

gez. Nowack

gez. Reimers-Bruns

gez. Rohde

Vorsitz

Beiratssprecherin

Protokoll